

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/HR/67

Bonn, den 8. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

Wie modern !

45

CDU will jetzt auch höhere Renten für Hausangestellte
Ein Jahr vor der Bundestagswahl

2

"Politische Bildung"

48

Verpflichtender Auftrag der Parteien

3 - 4

Offensive SPD in Baden-Württemberg

57

Vor dem Wahlkongreß in Karlsruhe

Von Herbert Bermeitinger

4

Das Lied vom braven Mann

20

260 000 statt 450 000 DM für Staatssekretär-Zuschlag

5 - 6

Die progallistische Wendung der KP Frankreichs

101

Ein teuflisches Spiel hat begonnen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Chefredakteur Günter Markscheffel

Wie modern!

CDU will jetzt auch höhere Renten für Hausangestellte
Ein Jahr vor der Bundestagswahl

so - "Jetzt krempeln wir mal die Ärmel hoch und werden zeigen, wie sozial wir sind. Nach mehr als 14 Jahren fast unumschränkter Regierungsherrschaft werden wir, ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl, die Rentenbezüge für Hausangestellte und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft verbessern!" - So ungefähr klingen die CDU-Ankündigungen, die seit Mitte dieser Woche durch den deutschen Plätterwald rauschen.

Natürlich freuen wir uns darüber, daß die CDU endlich einsieht, wie viel noch von der Rentenreform des Jahres 1957 aufzuarbeiten ist. Denn schon damals hatte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion vergeblich versucht, die Rentenbezüge auch für die Hausangestellten und die in der Landwirtschaft tätigen Arbeitnehmer so zu fixieren, daß diese Gruppe unserer Mitbürger eines Tages in den Genuß einer menschenwürdigen Altersrente gelangen kann.

Im wesentlichen ging es bei den damaligen Diskussionen um den sogenannten Kartoffelparagraphen, d.h. um die Naturalleistungen, die besonders den Hausangestellten in der Landwirtschaft anstelle von Bargeld ausgezahlt werden. Dieses System hat zur Folge, daß bei der späteren Berechnung der Altersrente die Ansätze niedriger sind als bei Arbeitnehmern, die keine Naturalleistungen erhalten.

Dann hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in den darauffolgenden Jahren, sei es bei Etatberatungen, sei es bei den zahlreichen Ergänzungen zum Rentengesetz und auch im Zusammenhang mit der Diskussion über das "Sozialpaket" des Bundesarbeitsminister Theodor Blank immer wieder versucht, eine angemessene Regelung der Rentenberechnungsgrundlage zu erreichen. Stets wurde die SPD dabei überstimmt, und nur ganz selten wagte sich einer der Sozialexperten der CDU aus der Reserve hervor und wollte seine Parteifreunde von der Richtigkeit des sozialdemokratischen Standpunktes überzeugen. Auch das war natürlich vergebliche Liebesmüh.

Jetzt ist es soweit. Die CDU-Sozialexperten marschieren an die Spitze und singen "neue Lieder" mit alten, von anderen schon längst erdachten Texten.

Uns soll es recht sein. Die Hauptsache ist, daß wenigstens in diesem Punkt die längst fällige Korrektur zur Rentenversicherung Tatsache wird, damit die Hausangestellten nicht mehr das Gefühl haben müssen, auf der untersten Stufe der Arbeitnehmerleiter zu stehen. Was die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hierbei tun kann, um die Novelle so modern und gerecht wie möglich zu gestalten, das wird geschehen.

Unabhängig davon muß jedoch mit aller Deutlichkeit darauf verwiesen werden, wie wenig im Grunde genommen das Gesamtproblem der Beseitigung von Härten im Rentenrecht mit einer Einzelmaßnahme gelöst werden kann.

"Politische Bildung"

Verpflichtender Auftrag der Parteien

"Freiheit und Demokratie in der industriellen Gesellschaft sind nur denkbar, wenn eine ständig wachsende Zahl von Menschen ein gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und zur Mitverantwortung bereit ist. Ein entsprechendes Mittel dazu ist die politische Bildung im weitesten Sinne. Sie ist ein wesentliches Ziel aller Erziehung in unserer Zeit."

Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, November 1959

* * *

Gerade in diesen Tagen, da viel von der Parteienfinanzierung durch Steuergelder die Rede ist, dürfte der oben zitierte Satz aus dem Grundsatzprogramm der SPD von höchster Aktualität sein. Er ist ein Hinweis darauf, daß die politische Bildungsarbeit der Parteien durchaus im Interesse der Allgemeinheit sein kann, sofern sie nicht lediglich als eine Methode der Parteipropaganda aufgefaßt wird, sondern als verpflichtender Auftrag zur Erfüllung des Grundgesetzes. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist dieser Gedanke nicht neu. Die freie Arbeiterbewegung ist vor hundert Jahren mit dem Anspruch angetreten, dem Volk ein Höchstmaß an Bildung zu vermitteln.

Jetzt hat der Vorstand der SPD der Öffentlichkeit sein politisches Bildungsprogramm für 1964/65 übergeben. Willy Eichler, Mitglied des Parteivorstandes und verantwortlich für die Bildungsarbeit, sagt in einem Vorwort zu diesem Programm:

"Der Wille zu politischer Bildung soll geweckt werden; jeder soll die Möglichkeit erhalten, seine Kenntnisse zu vertiefen und die komplizierte Struktur unserer pluralistischen Gesellschaft zu durchschauen. Jeder soll befähigt werden, eine sachlich begründete politische Entscheidung zu treffen, wenn er zum politischen Handeln aufgerufen wird."

Der Akzent dieses Wortes von Willy Eichler liegt auf dem Wort **JEDER**. Damit deutet die SPD an, daß die Teilnahme an ihrer Bildungsarbeit **jedem** Bürger offensteht, also auch denen, die **nicht** Mitglieder der Partei sind. Entsprechend dem Grundsatz der Allgemeingültigkeit ist auch das Programm selbst entwickelt worden. Eine große Anzahl von Seminaren mit Themen der allgemeinen Lebensgestaltung unseres Volkes bilden den Schwerpunkt der Bildungsarbeit. Verfassungsrecht, Gesundheitspolitik, Öffentlichkeitsarbeit, Wirtschaftsfragen, die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus, das Verhältnis zwischen Stadt und Land mit den komplizierten Problemen der Raumordnung und die Agrarpolitik, die Schul- und Hochschulprobleme, das Verhältnis der Kirchen zum Staat, sowie die Grundfragen der Verteidigungspolitik werden von über hundert Dozenten in öffentlichen Veranstaltungen, denen sich jeweils intensive Diskussionen anschließen sollen, behandelt werden.

Die organisatorischen Vorbereitungen zur Bewältigung der hier nur angedeuteten Aufgaben der politischen Bildungsarbeit der SPD sind nach gründlicher Vorarbeit abgeschlossen, so daß ab sofort mit der praktischen Arbeit begonnen werden kann. Selbstverständlich steht den Teilnehmern an den Seminaren und Kursen eine umfangreiche Literatur zur Verfügung, mit deren Hilfe auch die Weiterbildung gesichert ist. Diese Bildungsarbeit der SPD ist in besten Sinne des Wortes Öffentlichkeitsarbeit, die eine immer stärkere Festigung unseres demokratischen Staates zum Ziele hat.

* * *

Offensive SPD in Baden-Württemberg

Vor dem Wahlkongreß in Karlsruhe

Von Herbert Bermeitinger

Mit einem großen Wahlkongreß in der Karlsruher Schwarzwaldhalle, der am 11. April stattfinden wird, leiten die Sozialdemokraten in Baden-Württemberg die Schlußphase der Landtagswahlen ein, zu denen für den 26. April aufgerufen ist. Der Kongreß soll den Wählern des südwestdeutschen Bundeslandes deutlich machen, daß ohne Sozialdemokraten auch in Baden-Württemberg nicht mehr regiert werden kann.

Zu der Veranstaltung werden nicht nur Tausende von Sozialdemokraten aus allen Teilen Baden-Württembergs erwartet, sondern auch führende Kabinettsmitglieder der SPD aus den Bundesländern; so Bundesratspräsident Dr. Georg Dieckhans, der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Dr. Georg August Zinn, der Ministerpräsident des Landes Hessen, sowie Minister und Senatoren der Länder Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen. Geleitet wird der Kongreß, auf dem u.a. der SPD-Vorsitzende und Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Fritz Erler und der baden-württembergische Oppositionsführer Dr. Hermann Weitz sprechen werden, von Dr. Alex Möller, MdB, dem Vorsitzenden des Landesverbandes Baden-Württemberg der SPD.

Die Sozialdemokraten werden in Karlsruhe aufzeigen, daß die SPD voller Zuversicht in die Wahlen vom 26. April geht. Die SPD führt den Wahlkampf offensiv, während die Regierungsparteien CDU und FDP aus der Defensive heraus den Wähler zu beeinflusser suchen. Alle Parteien haben auch die bundespolitische Prominenz in den Wahlkampf mit einbezogen, wobei der SPD-Vorsitzende Willy Brandt das weitaus größte Pensum hinter sich bringen wird. Bis zum Ende des Wahlkampfes wird Willy Brandt auf einem runden Dutzend Wahlreisen an die 100 Städte und Gemeinden des Landes besucht haben. Bereits jetzt hat Willy Brandt vor Zehntausenden von Baden-Württembergern gesprochen. Allein auf einer einzigen Tagesfahrt durch Städte im badischen Oberland kamen an die 20 000 Menschen zu den Kundgebungen in den Klein- und Mittelstädten an badischen Hochrhein.

Keine der Parteien sieht in dem Wahlgang vom 26. April bereits den Test für die Bundestagswahlen. Andererseits wird aber der Entscheidung der südwestdeutschen Wähler mehr als nur regionale Bedeutung zugemessen, zumal die Struktur des Landes in politischer, konfessioneller und wirtschaftlicher Hinsicht weitgehend denen des Bundesgebietes entspricht. In den Versammlungen spielen neben den landespolitischen Fragen der Kulturpolitik vor allem auch die Probleme der Bundespolitik eine ganz entscheidende Rolle. Praktisch werden in jeder Versammlung die Kandidaten der Parteien mit der Preispolitik der Bundesregierung sowie mit den Fragen der Agrarpolitik konfrontiert.

Aus diesem Grunde kann das Ergebnis der Landtagswahlen bis zu einem gewissen Grad auch als Abstimmung über die Bundespolitik gewertet werden. Die SPD sieht diesem Ergebnis mit großer Zuversicht entgegen, weil das Versagen der Bundespolitik seit 1963 in allen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik von Monat zu Monat deut-

8. April 1964

licher geworden ist und die Koalition von CDU und FDP im Lande keine überzeugenden Beweise einer fortschrittlichen Landespolitik vorausweisen vermag.

Die baden-württembergische SPD, die im jetzigen Landtag über 46 Sitze gegenüber 53 der CDU und 18 der FDP verfügt, hat gute Aussichten, erstmals zur stärksten Partei zu werden. Die SPD hatte 1956 28,9 Prozent und 1960 35,3 Prozent der Stimmen erlangt, sie geht nunmehr daran, erstmals die 40 Prozentgrenze zu erreichen oder vielleicht gar zu überspringen.

Die CDU, die 1956 noch 42,6 Prozent der Stimmen erreichte, dürfte die 39,5 Prozent, die sie 1960 erlangt hatte, nur mit Mühe und Not halten können, sofern ihr aus der "Konkurrenzmasse" der Gesamtdeutschen Partei ein Anteil von 1,5 bis 2,5 Prozent der Stimmen zufließt.

Die Freien Demokraten, die an der Seite der baden-württembergischen CDU trotz allen Bemühens nur wenig Profil gewinnen konnten, werden es in ihrem Stammland Baden-Württemberg ebenfalls nicht leicht haben. Immerhin erscheint es möglich, daß die FDP, die 1960 besonders schlecht abgeschnitten hatte, ihren Stand von 1960 leicht wird verbessern können. Eine Koalition gegen die SPD dürfte aber, wenn nicht alles täuscht, nach dem 26. April nicht mehr möglich sein.

+ + +

Das Lied vom braven Mann

260 000 statt 450 000 DM für Staatssekretär-Bungalow

Es klingt zwar nicht hoch, das Lied vom braven Mann, aber trotzdem schön. Wenn wir uns nicht irren, hat zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein hoher Ministerialbeamter von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, bescheiden zu sein. Es ist der Staatssekretär im Bundespräsidialamt Hans von Herwarth. Er sollte im Garten des Präzidentenpalastes eine Dienstwohnung mit einem Kostenaufwand von rund 450 000 DM erhalten. Motiviert wurde dieser Bau mit dem Hinweis darauf, auch der Staatssekretär müsse die Möglichkeit haben, in der Nähe des Amtssitzes seines Chefs offizielle Besucher zu empfangen. Von Herwarth regte jedoch selbst an, statt des 450 000 DM-Bungalows einen solchen von 260 000 DM zu bauen. Der Haushaltsausschuß des Bundestages war darüber höchst erfreut und setzte den Rotstift, entsprechend dem Wunsch des Staatssekretärs, an.

Eigentlich wäre zu dieser Angelegenheit nicht viel mehr zu sagen, es sei denn, man könnte aus dem Verhalten des Staatssekretärs Hans von Herwarth die Hoffnung herleiten, daß sein Beispiel recht oft auch in anderen Bereichen der Ministerialbürokratie und besonders bei einigen Kabinettsmitgliedern Schule machen wird.

Von diesem Wunsch ist natürlich der Haushalte-Kanzler Erhard nicht ausgenommen.

+ + +

- 5 -

Die progauillistische Wendung der KP Frankreichs

Ein teuflisches Spiel hat begonnen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Letzte Tagung des Zentralkomitees der KP Frankreichs (Der SPD-Pressedienst berichtete bereits kurz darüber. D. Red.) vollzog eine ausgesprochen progauillistische Wendung zugunsten der Außenpolitik des Staatspräsidenten. Das bedeutet auch eine neue Stellung in der französischen Innenpolitik. Generalsekretär Maurice Thorez gab folgende Richtlinien:

- * "Wir billigen die Anerkennung Chinas und die realistische Haltung zu Vietnam als ersten Schritt zur Liquidierung der SEATO. Auch die Aufmerksamkeit für das sozialistische Kuba und für bessere Beziehungen mit Lateinamerika findet unsere Billigung. Vergessen wir nicht, daß wir in diesem Sinn für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit Algeriens gestimmt haben. Erst kürzlich haben wir den Irrtum bedauert und richtiggestellt, den unsere Parlamentsfraktion beging, als sie gegen die Algerienkredite stimmte, unter dem Vorwand, Opposition gegen die Regierung zu üben. Wir sind nicht von vorn herein gegen diese oder jene Maßnahme, die von den inneren und äußeren imperialistischen Gegensätzen bestimmt ist."

Politische Beobachter in Paris sind überzeugt, daß damit ein neuer Wendepunkt in der wechselreichen Politik der KPF beginnt und sehen darin zugleich auch ein zuverlässiges Barometer für die französisch-russische Annäherung. Thorez begrüßt ausdrücklich de Gaulles Schritte in Peking, in Vietnam, in Algerien und in Lateinamerika. Er revidiert nachträglich die kommunistische Opposition gegen de Gaulles Algerienpolitik und übt auch in diesem Punkt "Selbstkritik".

Der Stellungswechsel der französischen Kommunisten in allen diesen Punkten ist bedeutsam. In allen Fällen handelt es sich aber nur um Symptome der Wendung, auf die es Thorez und seinem ZK vor allem ankommt, nämlich die Lockerung des Atlantikpakt und die Annäherung Paris - Moskau.

Es ist kein Zufall, daß die lang gereifte Erklärung des französischen Zentralkomitees in einem Augenblick veröffentlicht wird, in dem de Gaulles Abgesandter Edgar Faure im Kreml weilt und andererseits Adjubej, Chefredakteur der Iswestija und Schwiegervater Chruschtschows, de Gaulles Ehrengast ist.

Innenpolitische Konsequenzen

Die ausdrückliche Zustimmung der KPF zu de Gaulles Außenpolitik bedeutet, wie Thorez wörtlich sagte, daß "die Opposition der französischen Kommunisten Grenzen hat". Mit anderen Worten, die KPF will, wie sie das schon mehrmals in ihrer Geschichte tat, aus der neuen außenpolitischen Konstellation auch neue innenpolitische Konsequenzen ziehen: nicht mehr unbedingte und absolute, sondern "loyale und konstruktive Opposition." Für das gaulistische Regime bedeutet das eine wichtige Hilfe, die vielleicht nicht ganz unverhofft kommt. Wahrscheinlich hat de Gaulle in seinen außenpolitischen Wendungen und Schachzügen das Gewicht der 20 bis 25 Prozent kommunistischer Wähler Frankreichs von Anfang an einberechnet. Daß eine derartige innenpolitische Umstellung nicht leicht ist und für die kommunistische Parteiführung sogar Gefahren mit sich bringt, versteht sich von selbst, vor allem im Hinblick

auf die Wählerarbeit der chinesischen Kommunisten in den Reihen der KPF und der anderen kommunistischen Parteien Westeuropas.

KPF kämpft an vielen Fronten.

Politbüromitglied Raymond Guyot kam auf der gleichen ZK-Tagung ausführlich auf die "Spaltungstätigkeit" der chinesischen Kommunisten "mit Hilfe von Renegaten und Trotzlisten" zu sprechen. Die kommunistischen Parteien Belgiens, der Schweiz, Australiens, Lateinamerikas und Franco-Spaniens wurden dabei ausdrücklich erwähnt. Auch der "Bund für französisch-chinesische Freundschaft", ursprünglich eine sowjetische Gründung, ist von Anhängern Mao Tse-tungs unterwandert.

Peking kontert

Die Chinesen bleiben nichts schuldig und antworten den französischen "Chruschtschowisten" im gleichen Ton. Sie werfen ihnen vor, gegenüber Algerien und überhaupt Afrika eine "feige" und "opportunistische" Haltung einzunehmen und sich von de Gaulles "Antikolonialismus" übertrumpfen zu lassen. In besonders geschickter Weise verbinden die chinesischen Kommunisten ihre scharfe Kritik an Thorez mit klingendem Lob für de Gaulle, der in Peking jetzt als "Vorkämpfer" Afrikas und Lateinamerikas "gegen den amerikanischen Imperialismus" gefeiert wird. Peking ist dabei noch einen Schritt weitergegangen und hat jüngst überraschenderweise nicht nur das gaullistische Frankreich, sondern ganz Westeuropa - einschließlich der Deutschen Bundesrepublik - zu einer Art "Mittelzone" erklärt, die ebenso wie die "Mittelschichten" laut "marxistischer" Theorie zu "natürlichen Verbündeten" der unterdrückten Völker Asiens und Afrikas ernannt werden.

Man sieht, Peking wirbt ebenso wie Moskau um die Gunst de Gaulles. Beide kommunistischen Metropolen sind bereit, den französischen General zu einer Art "Pickier der Weltrevolution" zu stempeln, als Preis für seine Bündnisbereitschaft mit dem Osten. Ein teuflisches Spiel hat begonnen!

Verringerte Volksfrontchancen

Die neue Wendung der KPF läßt jetzt bereits weittragende innenpolitische Folgen voraussehen. Es ist kein Zufall, daß Thorez gleich nach seiner Lobeshymne auf de Gaulles Außenpolitik harte Kritik an sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Gaston Defferre übte, den bisher einzigen Gegenkandidaten. Kein Wunder, Defferre weilte gerade zu dieser Zeit in Washington und kritisierte dort de Gaulles außenpolitische und innenpolitische Methodik. Die Chancen einer eventuellen kommunistischen Unterstützung für Defferre im zweiten Wahlgang der kommenden Präsidentschaftswahl haben sich jetzt stark verringert. Wenn die neue französisch-russische Annäherung in nächster Zeit weitergeht und greifbare Formen annimmt - was nach den letzten Erklärungen in Paris und Moskau vorherzusehen ist - wird die KPF keinesfalls den sozialistischen Gegenkandidaten unterstützen, der sich ausdrücklich für den Atlantikpakt und für ein integriertes Europa erklärt hat. Sie wird viel mehr im Auftrag oder zumindest im Einklang mit Moskau eine Wiederwahl de Gaulles begünstigen, entweder durch direkte Stimmenabgabe für den französischen Präsidenten-General - was nicht zum erstenmal geschähe - oder durch Aufstellung eines eigenen Splitterkandidaten, um die Stimmen der Opposition zu spalten und auf diese Weise die Wiederwahl de Gaulles zu gewährleisten. - Damit sind die Chancen einer "Einheitsfront" oder "Volksfront" zwischen den französischen Linksparteien stark vermindert, obwohl die Entwicklung in einzelnen Departements gelegentlich in diese Richtung zu drängen schien. Die französischen Sozialdemokraten, die nicht daran denken, ihre politische Opposition gegen de Gaulle "zu begrenzen" oder zu reduzieren, wissen nach der Wendung der KPF wieder, daß sie nur auf ihre eigene Kraft zählen können.